



Fast 100 geladene Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft lauschen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (rechts) beim Empfang des Schwarzwald-Baar-Kreises für den Landesvater im Bad Dürrheimer Haus des Bürgers. Dann wird lebhaft diskutiert. BILDER: GÖTZ

Wie der Kreis auf Kretschmann trifft

- Ministerpräsident als Gast des Landkreises
- Diskussionsrunde mit Vertretern der Region

von JÜRGEN DREHER

Schwarzwald-Baar – Konflikte zwischen Windkraft und Naturschutz, Sorgen um den ländlichen Raum und Bevölkerungsschwund im Schwarzwald, obendrein die fehlende Villinger Nordumfahrung und wichtige Wirtschaftsinteressen. Genau davon wollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gestern etwas erfahren bei seinem ersten Besuch als Landesvater im Schwarzwald-Baar-Kreis.

Also gab es zum Empfang des Landkreises für Kretschmann am gestrigen Nachmittag in Bad Dürrheim nicht nur Ansprachen, Begrüßungsgeschenke und Einträge in Goldene Bücher. Sonder auf Wunsch des Gastes auch eine praktische Übung in der angekündigten „Politik des Gehörwerdens“: eine Diskussions- und Fragerunde mit Kretschmann in einer geschlossenen Veranstaltung für rund 100 geladene Gäste aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Wirtschaft und anderen Bereichen der Gesellschaftscha.

Natürlich wurde Kretschmann zunächst gemäß seiner Position gewürdigt. Als er überpünktlich kurz nach 16 Uhr im Dienst-Audi vor dem „Haus des Bürgers“ vorgefahren war, erwartete ihn dort schon eine Trachtengruppe aus Schönwald zur Begrüßung. Drinnen sorgte das Blasorchester Bad Dürrheim für einen schwungvollen Empfang, ehe Landrat Karl Heim den Schwarzwald-Baar-Kreis voller Stolz vorstellte – auch wenn Kretschmann, wie er erzählte, privat den Schwarzwald-Baar-Kreis gutkennt: „Ich wande hier ab und zu mit meiner Frau“, und auch im Bad Dürrheimer Solemar habe er sich schon „vergnügt“.

Freilich habe auch dieser Landkreis seine Sorgen und Anliegen, so Heim – die der Landesvater auch in einer 30-seitigen Broschüre mitbekam. In seiner Ansprache nannte Heim den Straßenbau, namentlich der Fortsetzung der B 523 als Villinger Nordumfahrung, und den Ausbau der Gäubahn im Zuge von Stuttgart 21. Was den Kampf gegen Zürcher Flugverkehrsbelastungen und für eine stärkere Beteiligung der deutschen Grenzgemeinden bei den Planungen für die Schweizer Atomdeponie betrifft, dankte Heim für die Unterstützung der Landesregierung.

Kretschmann wiederum dankte für den „furiosen Empfang“ und ging gleich auf Heims Worte ein. Natürlich liege der Verdacht nahe, dass es „mit dem Straßenbau rum ist“, wenn Grüne an der Regierung seien. Klar stünden die Grünen diesem Thema kritisch gegenüber. Aber dies spiele derzeit ohnehin keine Rolle, weil einfach das Geld fehle. „Wir bekommen vom Bund 120 Millionen Euro im Jahr für den Bau von Bundesstraßen“, so Kretschmann. „Aber wir bräuchten allein für die schon angefangenen Projekte 1,1 Milliarden Euro“. Da berief sich Kretschmann so-



Mitarbeiter des Schwenninger Uhrenindustriemuseums fertigten die Uhr, die Heim (rechts) Kretschmann schenkt.

gar auf den früheren CSU-Chef Franz-Josef Strauß, der gesagt habe: „Generale kann man anschreien, Leute nicht.“

Der Ausbau der Gäubahn ist für ihn aber „klar“, den habe er schon „längst vor Stuttgart 21“ gefordert: „Da haben Sie uns ganz auf Ihrer Seite“.

Der Ministerpräsident ging dann auf die Herausforderungen der bundesweit beschlossenen Energiewende ein. Die berge auch viele Chancen für die Wirtschaft. Zugleich wolle die neue Landesregierung die Bürger „in alle Prozesse“ einbinden. Das gelte auch bei der Windkraft: Um die Windstromproduktion wie geplant zu steigern, müssten in zehn Jahren 1000 neue Windkraftanlagen im Land aufgestellt werden. „Für mich sind das große schöne Ma-

„Irgendwann muss entschieden werden. Ich will aus Baden-Württemberg nicht den größten Debattierclub Deutschlands machen.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident

schenin“, meinte Kretschmann zum schmunzelnden Publikum, „aber ich weiß schon, das ist Geschmackssache“.

Dass es hier auch Nutzungskonflikte beispielsweise mit dem Natur- und Landschaftsschutz gebe, ist für Kretschmann verständlich: „Ich halte da Proteste für normal“. Allerdings, so Kretschmann: „Irgendwann muss entschieden werden. Ich will aus Baden-Württemberg nicht den größten Debattierclub Deutschlands machen.“

Diese Linie wurde dann auch in der Diskussion mit den heimischen Kommunalpolitikern deutlich. Zum Beispiel, als Bad Dürrheims Bürgermeister Walter Klumpp ein Anliegen vieler Kommunen aufbrachte: Den Städten und Gemeinden habe das Land nur bis September 2012 Zeit gegeben, die Ausweitung neuer Windkraftanstände in ihren Flächennutzungsplänen unterzubringen – das sei viel zu wenig. 18 Monate Übergangszeit seien nötig.

Kretschmann hörte zu, aber gab nicht nach: „Wir müssen das schon mit Tempo angehen, das muss ich Ihnen so sagen“. 18 Monate finde er zu lang, auch



Typische Ministerpräsidentenaufgabe: Kretschmann (vorne Zweiter von links) verewigt sich im Goldenen Buch des Kreises. Bad Dürrheims Bürgermeister Walter Klumpp (links) und Landrat Karl Heim (vorne Dritter von links) sowie Trachtenträger aus Schönwald schauen ihm dabei zu.

wenn er solche Klagen von „vielen Kollegen“ Klumpps höre. „Nur wenn Sie das wirklich nicht können, dann können wir die Frist eventuell verlängern“.

Allerdings macht es die Landesregierung den Kommunen auch nicht gerade leicht, Standorte festzulegen. Hüfingen Bürgermeister Anton Knapp unterstützte die Windenergie ausdrücklich, machte aber auf die riesigen Vogelschutzgebiete auf der Baar aufmerksam, wo Windräder bislang aus Tier-schutzgründen ausgeschlossen seien. Ähnlich Naturschutzprobleme hat Vöhrenbachs Bürgermeister Robert Strumberger mit dem Betrieb der Linienschaltsperre. Wie sollen die Gemeinden diesen Nutzungskonflikt lösen?

Da gab es von Kretschmann keine klare Antwort. In Naturschutzgebieten „im engsten Sinne“ seien die Anlagen natürlich nicht machbar. Ansonsten sei hier die „Philosophie noch nicht ganz fertig“. Er finde aber, solche Fragen müssten so gelöst werden, „dass man nicht bei jedem Windrad wieder eine Debatte führen muss“.

In der Diskussion wurden noch ethische Themen angesprochen. Dass kleine Hauptschulen auf dem Land geschlossen werden, erklärte Kretschmann auf die Kritik von FDP-Kreisrat Roland Erndle mit ständig sinkenden Schülerzahlen. Umgekehrt müsse niemand einen radikalen Kurswechsel zur Gemeinschaftsschule befürchten: „Wir machen das behutsam und beginnen mit 30 Schulen“. Viel wichtiger seien ihm Investitionen in die fröhliche Betreuung und Bildung.

Als St. Georgens Rathauschef Michael Rieger nochmals insistierte, dass die Villinger Nordumfahrung dringend notwendig sei, kehrte Kretschmann noch einmal zur Geldfrage zurück: Schon die straßenbaufreudlichen Vorgängerregierungen seien offenbar nicht weiter gekommen, sondern hätten oft Versprechungen gemacht und Planungen begonnen, obwohl klar war, dass das Geld nicht reicht. „Es ist klar, dass es da Enttäuschungen gibt“.

Baden-Württemberg, Seite 9

Bildergalerie im Internet:
www.suedkurier.de/bilder

Was der Kreis von Kretschmann will

In einer rund 30-seitigen Broschüre hat das Landratsamt „aktuelle Themen und Bitten“ an den Ministerpräsidenten zusammengestellt. Einige Beispiele:

► **Straßenbau:** Die Kreisverwaltung bittet um Unterstützung für den Ausbau der B 27 (Abschnitt Donaueschingen-Hüfingen, Neubau Ortsumgehung Behla) und die Villinger Nordumfahrung (Lückenschluss B 523). Ferner erwähnt: Neue Ortsumgehungen Blumberg-Randen und -Zollhaus; Ausbau Landesstraße Königsfeld-Hardt; zehn Landesstraßenabschnitte mit sanierungsbedürftigen Fahrbahnen.

► **Schienenverkehr:** Bitte um Unterstützung für Gäubahn-Ausbau und Beseitigung von Kapazitätsengpässen beim Ringzug.

► **Schulwesen:** Die Beruflichen Schulen brauchen mehr Lehrer. Die Ganztagsschulen brauchen Pädagogische Assistenten. Die Einrichtung einer Technischen Oberschule an der Gewerbeschule VS soll bestätigt werden. Ausbau der Schulsozialarbeit, auch an beruflichen Schulen.

► **Gesundheitswesen:** Hilfe bei der Sicherung der hausärztlichen Versorgung. Bewilligung für ein Modellprojekt in Königsfeld im Rahmen des „Landärzte“-Programms.

► **Alter und Pflege:** Vereinfachung der Vorschriften, um alternative Wohnformen unbürokratischer betreiben zu können. Mehr Investitionen in Infrastruktur, Entwicklung neuer Wohnformen und Förderung von Hilfstechnologien. Ausweitung der Pflegestützpunkte.

► **Energieagentur:** Nachhaltige Kostenbeteiligung des Landes an der Energieberatungsagentur des Landkreises mit jährlich 30 000 Euro.